



Projektland: Albanien

Quartal/Jahr: Januar – März 2010

Schlagzeilen:

- **Sozialisten beenden den Boykott. Statt Boykott begrenzte Beziehungen zum Parlament**
- **Regierungskoalition lehnt die Forderung der Opposition nach einer Neuauszählung der Stimmen in den umstrittenen Wahllokalen bei der Parlamentswahl 2009 strikt ab; PS-Chef Rama besteht ultimatativ darauf.**
- **Scharfe Kritik über den Gesetzesentwurf über SHISH (Staatlicher Nachrichtendienst)**
- **Besuch des albanischen Außenministers Ilir Meta in Belgrad**
- **Die Krise von Griechenland und ihre Auswirkung auf die albanische Wirtschaft**

- Innenpolitik:

Die innenpolitische Situation im Land ist wegen des Boykottes der parlamentarischen Fraktion der PS (Sozialistische Partei), die das Ergebnis der letzten Parlamentswahlen vom 28. Juni 2009 weiterhin anzweifelt, ins Stocken geraten. Obwohl unter dem Druck von europäischen Vermittlern die PS-Abgeordneten letztens an drei Parlamentssitzungen zur Erörterung ihrer Forderung teilgenommen haben, scheint die Krise jedoch nicht überwunden zu sein. Die Opposition macht zur Bedingung für die Fortsetzung ihrer Anwesenheit im Parlament die Errichtung einer parlamentarischen Untersuchungskommission zur Prüfung der letzten Wahlen und die Verabschiedung eines Gesetzes, das eine Wiedereröffnung der Wahlurnen und eine Neuauszählung der Stimmen vorsieht. Die PD (Demokratische Partei), die die Mehrheit im Parlament hat, sagt, dass über diese Sache das Wahlgericht eine Entscheidung getroffen hat, und dass eine parlamentarische Untersuchungskommission nicht die Beschlüsse der Gerichte anzweifeln kann. Zur Zeit laufen aus verschiedenen Seiten weitere Bemühungen zur Lösung der politischen Krise, es sieht aber allerdings so aus, dass beide Parteien nicht nachgeben und von ihren bisherigen Positionen nicht abrücken werden.

Obwohl die politische Krise seit über sieben Monaten andauert und trotz der Vorwürfe, dass das vor einem Jahr geänderte Wahlgesetz nicht richtig funktioniert hat, bedeutet es nicht, dass eventuelle Strukturveränderungen unabdingbar geworden sind. Die erste Aufgabe, welche die politischen Parteien nach der Überwindung der Krise zu bewältigen haben; ist, im Wahlgesetz Korrekturen zu unternehmen, um Manipulationen zu vermeiden. Allerdings soll betont werden, dass als Wahlrecht die proportionale Wahl auf einer regionalen Grundlage bleiben wird, begleitet von verschiedenen möglichen Modifikationen im technischen Bereich.

Das heißeste Thema der politischen Debatten ist ein Gesetzesentwurf der PS, der eine Wiederöffnung der Wahlurnen und Neuauszählung der Stimmen ermöglichen würde, um

das Wahlergebnis zu untersuchen. Die Verabschiedung eines solchen Gesetzes vom Parlament ist eine der Bedingungen der Opposition ins Parlament zurückzukehren. Das Hauptproblem besteht darin, dass dieses Gesetz rückwirkende Geltung haben soll. Das würde bedeuten, dass die Verfassung verletzt wird und gleichzeitig, dass dieses Gesetz eine übergeordnete Wirkung über die Beschlüsse der Judikative haben soll.

Das politische Leben in Albanien wird weiterhin von den beiden größten Parteien des Landes PD und PS dominiert. Das auch dank des Verhältniswahlrechtes, das den beiden Parteien ermöglicht zusammen mehr als 90% der Stimmen im Parlament zu haben. Während es bei den Regierungsparteien keine nennenswerten Entwicklungen gibt, ist innerhalb der sozialistischen Oppositionspartei, PS, eine Gruppe von Abgeordneten entstanden (die hauptsächlich aus ehemaligen Ministern, und Mitgliedern der höheren Parteiforen besteht), welche sich der Politik des Boykottes des Parteivorsitzenden Edi Rama widersetzen, ihn verantwortlich für den Wahlniedergang machen und seinen Rücktritt fordern. Der Sozialistenführer Edi Rama ist diesem Widerstand innerhalb seiner Partei mit der Gründung einer gemeinsamen Front mit anderen außerparlamentarischen Parteien aus dem linken aber auch aus dem rechten Spektrum begegnet, mit denen er auch gemeinsame Proteste organisiert hat, um die Mehrheitsparteien dazu zu bewegen grünes Licht für die Untersuchung des Wahlergebnisses und die Wiederöffnung der Wahlurnen zwecks einer erneuten Auszählung der Stimmen zu geben.

Nachdem die sozialistischen Abgeordneten zurück ins Parlament kamen, scheint diese Front erst einmal an Bedeutung zu verlieren, aber wenn die PD und die PS keinen Konsens finden werden, ist mit weiteren Protesten der Opposition in verschiedenen Städten des Landes und damit mit einer Stärkung dieser politischen Formation der PS mit anderen Parteien zu rechnen.

Obwohl die Opposition eine Neuauszählung der Stimmen und eine Untersuchung der letzten Wahlergebnisse fordert, hat sie erklärt, dass sie unabhängig von den Ergebnissen der Untersuchung die Wahlen anerkennt und keine Neuwahlen fordern wird.

Bis dato gibt es keine offizielle Erklärung, dass es zu einer Umbildung der aktuellen Regierung – eine Koalition zw. der PD, der LSI von Ilir Meta und der Republikaner von Fatmir Mediu kommen kann. Die beiden Abgeordneten der neuen Partei der Tschamischen Minderheit PDU haben die Unterstützung für die Regierungskoalition erklärt, ohne aktives Mitglied dieser Koalition zu sein.

Obwohl das albanische Parlament ohne die Opposition funktioniert hat, weil die sozialistische Opposition es über 6 Monate boykottiert hat, hat die Mehrheit 78 Gesetze und Verordnungen erlassen. Die Arbeit des Parlaments ist ins Stocken geraten bei den Gesetzen, für die eine Zweidrittelmehrheit erforderlich ist, also die Anwesenheit der Opposition im Parlament voraussetzen. Bei diesen Gesetzen handelt es sich hauptsächlich um solche, die die Anpassung der albanischen Gesetze mit der EU-Gesetzgebung ermöglichen und wichtig für den Fortgang des Integrationsprozesses des Landes sind.

Große Debatten hat ein Gesetzesentwurf über den SHISH (Staatlicher Nachrichtendienst) verursacht. Der Grund hierfür war, dass einige Paragraphen dieses Gesetzes die Rolle des Ministerpräsidenten stärkten und dass der ganze Nachrichtendienst seiner Kontrolle unterstellt werden sollte. Die Opposition hat dieses Gesetz kritisiert und warf dem Premier Berisha vor, dass er den Nachrichtendienst für seine Interessen und zum Nachteil der Opposition benutzen würde. Laut wurde die Kritik auch von der US-Botschaft in Tirana sowie der NATO-Vertretung in Albanien. Mit Bezug auf die Tatsache, dass Albanien jetzt ein NATO-Mitglied ist, forderten sie insbesondere die Änderung von drei Paragraphen, die eine noch strengere Kontrolle bei der Geheimhaltung und der Weitergabe von Informationen

vorsahen. Kritik an dem Gesetz gab es auch von Menschenrechtsorganisationen. Die parlamentarische Gesetzeskommission arbeitet zur Zeit an den entsprechenden Änderungen.

Wegen der erschwerten wirtschaftlichen Situation ist eine Erhöhung der Kriminalitätsrate im Bereich Diebstahl und Wohnungseinbrüche zu verzeichnen.

Dank der Zusammenarbeit mit ausländischen Partnern wurden bei der Bekämpfung des organisierten Verbrechens Erfolge erzielt. So konnten mehrere Mitglieder von international operierenden kriminellen Gruppen des Drogenhandels verhaftet werden, insbesondere von italienisch-albanischen Banden.

Außenpolitik:

Die Prozesse der EU-Integration des Landes bleiben politische Prioritäten sowohl der Regierung als auch der Opposition. In diesem Bereich konzentrieren sich die Bemühungen bei der Liberalisierung der Visa für die albanischen Bürger. Die politische Krise im Land scheint diesen Prozess zu verlangsamen. Aus diesem Grund ist eines der Argumente der Regierung, dass die Opposition mit ihrer Boykothaltung den Prozess der Visa - Liberalisierung verhindert.

Albanien spielt seit Jahren eine wichtige Rolle als Friedens- und Stabilitätsfaktor in der Region und vermeidet im Prinzip Debatten und eine harte Haltung gegenüber den Nachbarn. Das wurde auch bei dem Besuch des albanischen Außenministers Ilir Meta in Belgrad deutlich. Trotz der problematischen Beziehungen zwischen den beiden Ländern, insbesondere in Bezug auf Kosovo, haben sich die beiden Außenminister positiv und zuversichtlich über die weitere Entwicklung der Beziehungen zwischen beiden Ländern geäußert. Außenminister Meta besuchte auch die Region Presevo im Süden Serbiens, wo etwa 100.000 Albaner wohnen. Das war der erste Besuch eines albanischen Regierungsvertreters in dieser Region.

Als Mitgliedsland der NATO entspricht die Verteidigungspolitik Albaniens den Prinzipien der Nordatlantischen Allianz.

Wirtschaft

Das Hauptproblem der Regierung bleibt die Überwindung der Wirtschaftskrise. Auch wenn die Zahlen auf den ersten Blick dafür sprechen, dass der Einfluss der globalen Krise auf die albanische Wirtschaft relativ gering ist, kann man in die Zukunft nicht so optimistisch sehen. Die Krise, von der Griechenland betroffen ist, wird nach Meinung der Experten auch in Albanien zu spüren sein, wenn man bedenkt, dass die albanische Wirtschaft und das ganze Land sehr enge Verbindungen zu Griechenland unterhalten. Es wird ein Rückgang der Überweisungen der albanischen Migranten in Griechenland erwartet sowie auch eine Zurückhaltung der griechischen Banken, die in Albanien tätig sind bei der Vergabe von Krediten

HERAUSGEBER: CHRISTIAN J. HEGEMER, LEITER IBZ
 AUTOR: NERTILA MOSKO, PROJEKTLITERIN ALBANIEN
 LAZARETTSTR. 33 – 80636 MÜNCHEN –
 TEL.: +49 (0)89 1258-0 – FAX.:+49 (0)89 1258-359
 E-MAIL: GRUNDSATZREFERAT@HSS.DE HOMEPAGE: WWW.HSS.DE
 ERSTELLT AM: 31.3.2010